

## 8. Stellenerhöhungen in Notlagen

Interpellation Paul von Euw (SVP, Bauma) und Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach vom 11. Mai 2020

KR-Nr. 142/2020, RRB-Nr. 667/1.7.2020

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Vermutlich gehe ich in die Geschichte ein mit dem letzten Corona-Vorstoss hier im Kanton Zürich. Ich hoffe, es ist so. Trotzdem denke ich, einige Antworten aus dieser Interpellation können wir auch mitnehmen in die Zukunft.

Zuerst möchte ich jedoch danken. Der Dank gilt an dieser Stelle den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, welche während der Corona-Zeit (*Corona-Pandemie*) teilweise ein unheimliches Pensum zur Bewältigung der angefallenen Aufgaben auf sich nehmen mussten. Im Frühjahr 2020 hatte ich in unserem Betrieb selber Berührungspunkte mit der kantonalen Verwaltung und darf diesen Leuten heute ein Kränzchen winden. Als Kunde – in Anführungs- und Schlusszeichen – haben wir den Druck bei den Mitarbeitenden gespürt, wurden jedoch stets bedient.

Im Frühjahr 2020 hat sich bekanntlich fast die ganze Welt in einem Lockdown befunden. Grosse Ungewissheit auf den Arbeitsmärkten, was sich jetzt nachweislich bis weit ins 2021 verlängert hat. Unsicherheiten von Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmern, wie es mit ihren Betrieben und den damit verbundenen Arbeitsstellen aussehen wird, machte sich breit. Das Bruttoinlandprodukt im zweiten Quartal 2020 umfasst 7,5 Prozentpunkte, erholte sich dann wieder im dritten Quartal – jedoch auf tieferem Niveau.

Was nun etwas befremdend und unverständlich wirkt, ist, dass der Regierungsrat just im erwähnten Zeitraum, nämlich am 1. Juli 2020, die Antwort auf diese Interpellation so verfasste, dass selbstverständlich – selbstverständlich ist dies mein persönlicher Eindruck, welche ich dieser Antwort entnehmen –, alle Stelle besetzt wurden. Keine der Direktionen und Ämter fühlten sich berufen, in einer solch ausserordentlichen und damals unsicheren Situation ihren Mitarbeiterstamm auf dem Status quo zu halten. Auch wenn die Personalentwicklung im Budget beziehungsweise KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) geplant und durch den Kantonsrat verabschiedet wurde, kann in einer solche ausserordentlichen Situation davon temporär abgewichen werden, denn mit Corona hatte in der Budgetphase niemand geplant. Die Corona-Folgen waren zum Zeitpunkt der Antwortverfassung dieser Interpellation auf keine Weise abschätzbar. Aus diesem Grund ist für mich das Vorgehen der Direktionen nicht verständlich. Ich hätte aus den Reihen der verantwortlichen Personen mehr Verantwortung beziehungsweise Fingerspitzengefühl gegenüber der Bevölkerung des Kantons Zürich erwartet, welche teilweise viele Monate mit dem reduzierten Kurzarbeitslohn leben mussten oder kritisch zusammengefasst: Die Bevölkerung lebte im Zeichen der Kurzarbeit am unteren Einkommenslimit und die Verwaltung stockte ihren Mitarbeiterstamm – ohne zu hinterfragen – fröhlich auf. Rückblickend kann man sagen,

Teilprotokoll – Kantonsrat, 176. Sitzung vom 16. Mai 2022

sind die allermeisten Personen mit einem blauen Auge aus der Krise gekommen. Dies ahnte im Sommer 2020 noch niemand, zu gross war die Verunsicherung. Zur Frage zwei: Die Frage ist für mich verständlich und gut beantwortet. Ich persönlich begrüsse die den Umständen angepassten Stellenzuteilungen von Mitarbeitenden, wenn möglich oder notwendig und in andere Aufgabengebiete innerhalb der kantonalen Verwaltung oder erweiterten Gebieten. Ebenfalls war auch der Abbau von Überzeiten und Ferien im Rahmen des RRB (*Regierungsratsbeschluss*) Nr. 415/2020 zu begrüssen. Somit bleibt zu hoffen, eine solche Situation bleibt uns zukünftig erspart. Und sollte es doch wieder zu einer solchen Krisensituation kommen, erwarten wir von der Regierung mehr Sensibilität in der Personalaufstockung in Krisensituationen. Ich danke der Regierung für die Beantwortung der Fragen.

*Isabel Bartal (SP, Zürich):* Wir bleiben bei diesem wunderbaren Thema «Stellen in der öffentlichen Verwaltung». Und wie Sie sich nicht wundern werden, komme ich zu einer anderen Einschätzung als mein Vorredner.

Die Interpellanten halten fest, dass die Stellen der kantonalen Verwaltung Jahr für Jahr zunehmen. Ich halte fest, dass der Kanton Zürich Ende 2021 1,56 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählte und dass in zehn Jahren die Bevölkerung, um 12 Prozent gewachsen ist; es sind 170'000 Personen mehr. Das entspricht der Einwohnerschaft von Bauma, die Gemeinde des Interpellanten, Kantonratskollege Paul von Euw, samt der gesamten Einwohnerschaft des Zürcher Oberlandes. Im bevölkerungsreichsten Kanton der Schweiz stehen der stetig wachsenden Bevölkerung von über 1,5 Millionen 35'000 Angestellte gegenüber. Mir erscheint, dass eine Quote von 2,2 Prozent Angestellte pro Einwohnerinnen und Einwohner vernünftig ist.

Die Interpellation bezieht sich aber ganz genau auf die Zeit von 2019 bis 2020. Allein in dieser Zeit hat der Kanton Zürich einen Zuwachs von 14'000 Personen erfahren. Wie in der Antwort erwähnt, fand in dieser Zeit der grösste Stellenzuwachs in der Bildung statt, um der Zunahme an Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden – die gibt es auch während einer Pandemie –, mussten neu 901 Stellen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang darf uns auch klarwerden, dass die Schule grossartiges leistet, denn nebst den Stellen, braucht es noch einiges mehr, damit dieser Zuwachs aufgefangen werden kann. Es muss beispielsweise die dazugehörige Infrastruktur aufgebaut werden; auch das leistet die Verwaltung.

2020/2021, das war die Zeit der Pandemie, haben wir gehört. In der Pandemie gab es für manche Personen tatsächlich weniger Arbeit, aber nicht für die kantonalen Angestellten. Die Arbeitsbedingungen waren anders, ja, aber es gab mehr Arbeit. Ich erinnere zum Beispiel an die Bewältigung und Prüfung von Gesuchen, um finanzielle Unterstützung für die Kulturbetriebe oder um die Bewilligung für Kurzarbeit. Trotz Pandemie fand Schule statt, Gesundheitsversorgung fand statt, Law und Order, Strafverfolgung, Gefängnisaufsicht, Bautätigkeit, Wasser, Energie, Abfallentsorgung und und und. Alles fand statt – nur unter erschwerte Bedingungen. Das danken wir dem engagierten Personal. Ermöglicht hat dies eine kantonale Verwaltung, die die Dinge richtig tut und ressourceneffizient arbeitet.

Ich danke dem Regierungsrat für die sorgfältige Beantwortung dieser Interpellation. Er erinnert uns damit an die Leistung der Direktionen während dieser Zeit.

*Karin Joss (GLP, Dällikon):* Ich gehe nicht davon aus, dass es das letzte Mal ist, dass wir über Corona sprechen. Aber es würde mich freuen, wenn Paul von Euw recht hätte.

Wir haben die Antworten des Regierungsrats studiert und bedanken uns bestens dafür. Zentraler Erkenntnisgewinn ist, dass im Jahr 2020 keine Stellen wegen der Corona-Situation unbesetzt geblieben sind und keine Arbeitszeiten gekürzt wurden. Die Arbeit wurde in einigen Bereichen weniger, in anderen aber durchaus mehr, oft war es eine andere Art von Arbeit oder sie wurde unter neuen und sehr oft schwierigeren Umständen ausgeführt. Ein geschlossenes Restaurant oder Fitnesscenter, auch Handwerksbetriebe oder Industrieunternehmen hatten klar weniger Arbeit. Das kantonale Personalamt, der Justizvollzug oder die Schulen hingegen hatten mindestens gleich viel oder mehr zu tun.

Zum Vergleich des Budgets 2020 mit dem Vorjahr: In der Bildung kann das Stellenwachstum von 901 zusätzlichen Stellen vollumfänglich mit den gestiegenen Schülerzahlen erklärt werden. Dazu haben wir keine Fragen. Ohne den Bereich «Bildung» betrug das Wachstum der Stellenzahlen 0,16 Prozent. Das ganz deutlich unter dem Bevölkerungswachstum lag. Das ist für uns also kein Anlass, dass man die neuen Stellen in der Corona-Zeit nicht hätten besetzen sollen. Wir wollen aber nicht nochmals das Budget 2020 diskutieren; das ist längst Vergangenheit. Das Jahr 2020 und die Aufrechterhaltung des Normalbetriebs war – wie wir wissen – für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung, die sehr gut gelöst wurde. Hier möchte ich nochmals ein Lob aussprechen.

Zusammenfassend: Gerade im betrachteten Jahr gibt es darum für uns wenig Anlass, die Entwicklung und der Besetzung der neuen Plan-Stellen zu hinterfragen. Ich danke Ihnen.

*Regierungspräsident Ernst Stocker:* Selbstverständlich kann ich nachvollziehen, lieber Kantonsrat von Euw, dass in der Privatwirtschaft Unsicherheit herrschte. Bei uns in der Verwaltung herrschte auch Unsicherheit. Aber bei uns war im Gegensatz zur Privatwirtschaft teilweise gar nichts geschlossen, sondern der Staatsapparat lief auf Hochtouren. Die Forderungen, die kamen auch von hier drin, was der Kanton noch alles tun sollte. Daher kann ich Ihnen sagen, die Staatsaufgaben sind gerade in dieser Ausnahesituation ein Teil der Stabilität gewesen. Ich habe zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*) und allen Branchen Gespräche geführt. Es hiess vor allem, haltet die staatlichen Aufgaben aufrecht. Das Wichtigste, das gefordert wurde, waren die Schulen und die Kinderkrippen. Homeoffice ist dann in Frage gestellt, wenn die Schule geschlossen ist. Das zeigt, dass wir mehr Aufgaben hatten. Deshalb bin ich froh, dass wir das mit diesen Stellen überhaupt bewältigen konnten. Denken Sie an die Polizei, an die gesamten Entschädigungen im Kulturbereich, der Bereich Informatik sticht heraus. Die Leitungen für das Homeoffice mussten erstellt werden, gemacht werden, gebaut werden. Im Gesundheitsbereich ist es meines Erachtens

keine Frage, dass es mehr Stellen brauchte. Die Bewältigung der Kurzarbeit-Gesuche: 80 Stellen mehr. Es brauchte dies. Es war zielgerichtet. Ich glaube, es hat der Wirtschaft des Kantons Zürich und der Bevölkerung genutzt, dass der Staat während dieser Zeit funktioniert hat. Besten Dank.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.